

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1599  
Circulose Riesa Nr. 52.

Nr. 235.

Montag, 8. Oktober 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober 49 Markanten RM, einzeln Bringelohn. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungelesen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 59 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Seite (6 Zeilen) 120 Mk.; die 89 mm breite Restamtszeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Seitenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundpreisen vervielfältigt mit der am Tage der Ausgabe gültigen Angelegenshörselzahl. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Verlag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 52.  
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa. Erlaubnis-Nr. 100000.

## Die Regierungserklärung im Reichstag.

### Die neue Reichsregierung.

#### Fast unveränderte Zusammensetzung.

(Berlin. Das neue Reichskabinett setzt sich wie folgt zusammen:  
Reichskanzler: Dr. Stresemann, zugleich mit der Führung der Geschäfte des Auswärtigen beauftragt.  
Reichsminister für Wiederanbau: Schmidt (Ztr.).  
Reichsminister des Innern: Sollmann (Soz.).  
Finanzminister: Dr. Luther (D. Vp.).  
Wirtschaftsminister: Dr. h. c. Koeth.  
Reichs-Arbeitsminister: Dr. Brauns (Ztr.).  
Reichs-Ausgabenminister: Dr. Raddbruch (Soz.).  
Reichs-Verkehrsminister: Dr. Gehler (Dem.).  
Reichs-Volkminister: Goeble (Ztr.).  
Reichs-Verkehrsminister: Deller (Dem.).  
Reichs-Ernährungsminister: noch unbesetzt.  
Minister für die besetzten Gebiete: Fuhs (Ztr.).  
(Die Meldung, die uns am Sonnabend nachmittag selber erst nach Druckbeginn der Zeitung zugeht, haben wir bereits durch Auszug bekannt gegeben.)

### Deutscher Reichstag.

(Berlin, 6. Oktober. Am Regierungstische Reichskanzler Dr. Stresemann, Arbeitsminister Dr. Brauns, Innenminister Sollmann, Justizminister Dr. Raddbruch, Verkehrsminister Dr. Gehler, Verkehrsminister Deller, Postminister Goeble, Finanzminister Dr. Luther, Wirtschaftsminister Dr. Koeth.

Präsident Eise eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 30 Min. Kommunitische Anträge, die die Aufhebung der bayerischen Streikverordnungen und der Vorgesetztes des Beherrschers für Nachrichten über Unruhen fordern, werden nach kurzer Begründung durch die Abg. Koenen (Komm.) und Köllin (Komm.) mit zur Beratung gestellt. Das Ermächtigungsgesetz und das Währungsgebot werden vorläufig noch von der Tagesordnung abgesetzt.

Auf der Tagesordnung steht an erster Stelle die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

#### Reichskanzler Dr. Stresemann

erzählt sofort das Wort. Er wird von den Kommuniten mit lärmenden Zurufen empfangen. Sie rufen: „Der Vertreter von Stinnes! Die Kuffisse für Stinnes!“ Reichskanzler Dr. Stresemann erklärt: Ich will hier über die Neubildung der Reichsregierung sprechen. Ich kann den Herren Zuhörern versichern, daß Herr Stinnes mit dieser Neubildung nichts zu tun hat. Der Vergleich mit der Kuffisse ist daher sehr wenig angebracht. (Geister Zustimmung.)

Der Reichskanzler weist dann darauf hin, daß die Regierungsbildung sich auf parteipolitischer Grundlage vollzogen hat. Neu ist als Wirtschaftsminister eingetreten Dr. Koeth, Finanzminister wurde Dr. Luther. Das Ernährungsministerium soll noch mit einem Vertrauensmann der Landwirtschaft besetzt werden. Der Reichskanzler hebt dann hervor, daß die Vorgänge der letzten Tage sehr scharfe Kritik erfahren haben, daß man gefast habe, der Parlamentarismus habe verfallen. Demgegenüber müsse gefragt werden, ob denn nicht auch die Wirtschaft verfallen habe, indem sie sich dem Staate nicht zur Verfügung stellte. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Der Kanzler verweist auf die dauernden Bemühungen, zu den Ministern der Wirtschaft, der Finanzen, des Verkehrs und der Post, Männer des praktischen Lebens heranzuziehen, die in dem Fehlen solcher Persönlichkeiten einen wesentlichen Grund zum Verfall der Staatsverwaltung sahen. Die sich zur Verfügung stellten, waren fast immer aus dem Beamtenumfeld der Wirtschaft gekommen.

Der Parlamentarismus führt nun nicht ad absurdum durch Resolutionen, sondern durch praktische Mitarbeit, indem man zeigt, daß man die Dinge besser zu meistern vermag. Die Vorgänge der letzten Tage gaben gewiß zu beträchtlicher Kritik Anlaß. Aber es ist ein Irrtum, zu glauben, daß es sich um einen Kampf, um eine andere politische Einstellung handelte. Wir traten an den Reichstag heran, um ein Ermächtigungsgesetz zu erhalten. Das Kabinett wollte Vollmachten, die weit hinausgehen über das, was jemals ein Kabinett an Vollmachten besaß. Es war ganz klar, daß bei der Bedeutung der Sachlage dem Kabinett nicht eine Blankovollmacht gegeben werden konnte, sondern daß man sich klar werden mußte, wenigstens über die Grundlinien der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik. Bei der Bedeutung dieser Frage entstanden die Differenzen, die sich bei der Neubildung des Kabinetts gezeigt haben.

#### Der Kanzler geht dann auf die

##### außenpolitischen Verhältnisse

über und bedauert die deutsch-nationale Kritik an der Einsetzung des passiven Widerstandes. Der Ruhrkampf, der seit Januar unter Bedrückungen und Gewalttätigkeiten geführt wurde, habe eine feste Depression ausgelöst. Die Idee des Widerstandes konnte nur sein, durch den Schaden, den er den Einbruchsmächten zufügte, diese zu zwingen, mit uns den Weg der Verhandlungen zu gehen. Man kann wohl die Frage aufwerfen, ob wir den passiven Widerstand bedingungslos aufgeben durften. Naturgemäß mußte sich aber ergeben, daß die Wirkung des passiven Widerstandes sich ab-

Niemand hätte im Januar geglaubt, daß das deutsche Volk neun Monate lang derartige Bedrückungen ertragen würde. Die Bevölkerung hat etwas ertragen, das über das Maß und die Grenze dessen geht, was Menschen irgendwie ertragen können. (Lebhafte Beifall.) Die Situation, die wir voranden, war die eines nicht mehr auf der Höhe stehenden Widerstandes. Je schwächer der Widerstand wurde, desto schwerer wurde es, ihn irgendwie diplomatisch für Deutschland auszunutzen. Das Verlangen auf finanziellen und materiellen Gebiet zeigte den Einbruchsmächten wie ein Barometer, wie es mit uns stand. Den

#### Verfall der Währung

konnte keine technische Maßnahme aufhalten. Man sah daraus, daß Deutschland finanziell am Erliegen war. Es schwand damit die Möglichkeit, mit dem passiven Widerstand etwas zu erreichen. Dazu kamen die Wünsche aus dem besetzten Gebiet auf Abbruch des Widerstandes. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß ihm der Oberbürgermeister Jaxer auf seine Frage erklärt habe, daß der Widerstand nur eine kurze Verleibe noch geführt werden könne und sich dann selbst auflösen werde. Der Kanzler gibt dann Auskunft über die Verhandlungen, die mit der Aufgabe des passiven Widerstandes im Zusammenhang standen. Man war bemüht, die Freiheit der Besetzten und die Rückkehr der Vertriebenen zu erreichen. Es wurde aber bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes gefordert. Der Kanzler bespricht dann die Kritik der Regierung und den Vorwurf, die Reichsregierung hätte einseitig einen Kurswechsel vorgenommen. Er erklärt, der Versuch, einen Mittelweg gegen den anderen auszuspielen — man hatte dabei besonders an England gedacht — wäre eine politische Dummheit gewesen. (Wiederholte Zwischenrufe des deutsch-nationalen Abg. von Graefe.) Die einzige Möglichkeit der

#### Lösung des Reparationsproblems

könnte nur bestehen in einer Vereinbarung zwischen den Alliierten einerseits und Deutschland andererseits. (Zuruf des Abg. Graf Helldorf (Dn.): Da können Sie lange warten.) Es müßte ausgedacht werden, daß kein außenpolitischer Erfolg erreicht werden ist. Der Reichskanzler führt weiter aus, daß er die Vertreter der besetzten Gebiete vor der Illusion gewarnt habe, als ob die Aufgabe des Widerstandes eine Erleichterung der Verständigung bringen würde. Er habe darauf hingewiesen, daß wir neuen sehr schweren Bedrückungen entgegenstehen.

Dr. Stresemann vermahnt sich dann gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit ihrem Vorgehen den Feinden gerührt hätte. Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden, weil wir hinsichtlich der deutschen Verhältnisse nicht sehenden Auges in den Abgrund hürzen wollten. Der passive Widerstand wurde aufgegeben dem deutschen Volke zu liebe, aber nicht dem französischen Volke zuliebe. Hätte denn keine Fortführung zur deutschen Freiheit geführt? Der Widerstand war nach neun Monaten keine Waffe mehr, er brachte uns die finanzielle Zerrüttung, den Markverfall. Wenn infolge der finanziellen Zerrüttung der Kampf aufgegeben werden mußte, so geschah es in dem Gedanken, daß eine Verständigung kapituliert, weil sie keinen Prohibit mehr hat oder die Gefahr besteht, daß das ganze Volk sich nicht mehr erheben kann. Das ist keine Sache, der man sich als nationaler Mann zu schämen hat.

Der Reichskanzler erklärt, wenn gefragt wurde, daß ein solcher Reichskanzler vor den Staatsgerichtshof gehöre, so sei er gern bereit, sich vor jedem Staatsgerichtshof zu verteidigen für das, was er getan habe. (Lebhafte Beifall.) Der Mut, die Aufgabe des Widerstandes zu verantworten, sei vielleicht mehr national als die Phrasen, mit denen dagegen gesprochen werde. (Beifall.) Er hätte als Führer seiner Partei nicht nur die eigene politische Stellung, sondern auch die Partei auf Spiel gesetzt. Im deutschen Volke fehle uns noch der Mut zur Verantwortlichkeit. (Zustimmung.)

Die Idee unterlag der machtpolitischen Einstellung der Verhältnisse. Diejenigen haben gelogen, die gesagt haben, daß es im Rheinlande einen deutschen Stamm gäbe, der sich freuen würde, zu Frankreich zu kommen. Diese Bevölkerung steht in Rot und Glend zum deutschen Vaterlande. (Lebhafte Beifall und Schandesschrei.) Der Reichskanzler dankt den Männern der Schutzpolizei, die in Düsseldorf ihre Pflicht getan haben. Den Trägern des passiven Widerstandes gebühre der Dank des ganzen Volkes. (Erneute Beifall.)

#### Der Kanzler wendet sich dann der

##### Innenpolitik

zu. Auf das deutsche Memorandum vom 7. Juni sei noch keine Antwort eingegangen, nicht einmal von England. (Hört, hört! rechts.) Selbst die Eingabe an ein internationales Schiedsgericht hat keine gemeinschaftliche Basis mit den Alliierten geschaffen.

Die Behandlung, die Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles erfahren habe, dauere in ähnlicher Form fort. Die deutschen Reparationsangebote seien das Belästigende, was jemals ein Volk angeboten habe. (Hört, hört!) Es wurde der ganz große Gedanke aufgefunden, auch das Vermögen der Privatwirtschaft haubar zu machen, um aus der wirtschaftlichen Anarchie herauszukommen. Die Denkschrift der Reichsregierung über die beschämende Behandlung der deutschen Angebote sei ein Stück Weltgeschichte. (Hört, hört!) Niemand soll aber aufgeben werden die Nachbarn der Wiederherstellung über das Ruhr-

gebiet und der Kampf um die Menschheitsrechte der Bevölkerung. (Lebhafte Beifall.)

Die deutsche Anfrage über die Wiederherstellung geordneter Zustände im besetzten Gebiet ist nicht beantwortet worden, sie soll wiederholt werden. Entrentlich wäre es wenn kein Eid von den Beamten gefordert würde. Unter ih dem Boden dort, unter ih das Land, unter die Hoheit in diesem Lande. (Stürmischer Beifall.) Das bleibe bestehen, und soll bis in alle Zukunft so bleiben. Frankreich hatte die Gelegenheit, einen Verhandlungsmitteln zu zeigen. Unter Wille ih der der Verhandlungen. Aber es gibt eine Grenze der Geduld des deutschen Volkes. (Beifall.) Der Kanzler verweist auf die Erregung im Volke, die sich hier und da in schärferer Form bemerkbar gemacht habe. Fragen der Staatsform und der Dynamik müssen in der letzten Zeit dem Gesamtverständnis völlig fern stehen. Notwendig war die Verständigung des Ausnahmestandes. Es sollten Vorwände verhindert werden, die uns in den Arken der Bürger gegen die Bürger hineingedrückt hätten. (Zuruf der Kommuniten: Bayern!) Die Bewegungen in Bayern, die oh Märkte von Bayern nach Berlin ankündigten, konnten an sich durchaus die Notwendigkeit ergeben, den Ausnahmestand zu verhindern, um dieser Dinge Herr zu werden. (Abg. Remmele (Komm.) ruft: Verlogenheit! und erhält einen Ordnungsruf.) Die Reichsfrage über das Rheinland der beiden Verhandlungen ist nicht zweifelhaft, da Reichsrecht dem Bundesrecht vorgeht.

In Bayern handelte es sich um einseitige Maßnahme aus diesem Grunde sei davon abgesehen worden, die Aufhebung der bayerischen Verfassung zu fordern. Es sei zu hoffen, daß das Nebeneinander der beiden Verfassungen möglich ist. (Zuruf der Kommuniten und linker Revolutionen von Bayern.) Es wäre eine falsche Staatskunst, hier das Reich anzuspüren gegen Bayern, mit dem wir fernhin zusammenarbeiten müssen. (Beifall.) Nicht geduldet werden könne die Zügellosigkeit, mit der man in Bayern Institutionen angreife, die heranzücheln müssen aus dem politischen Kampf. (Lebhafte Beifall.) Das gilt a. B. von der Verfassung des Reichspräsidenten. Der Kanzler wendet sich auch gegen die Kritik des „Völkischen Beobachters“ gegenüber dem General von Seeck. Das sei eine unverantwortliche Behauptung, die jeder anständige Mensch verurteilen müsse. (Beifall.)

Gegenüber den Fortschreitenden in Bayern solle man sich ein Beispiel nehmen an der Art, wie im besetzten Gebiet der Gedanke der nationalen Einheit sich gezeigt habe, einmal in der Kundgebung in Köln und dann in der stillen Abwehr in Düsseldorf. Jeder führe man den Kampf gegen den Staat, weil man die Parteien nicht möge. Welche Partei regiere und welche Regierung, das sei Erliche. Es aber das Deutsche Reich bleibe, das werde Etwas sein. Wenn verbehrische Naturen glauben, durch Aufregung und Gewalt gegen den Staat anzuregen zu dürfen, so sei in diesem Treiben kein nationaler Gedanke zu sehen. Die haben genug gelitten vom Feind, wir wollen nicht selbst das Grab noch weiter schaufeln. Der Reichskanzler erinnert im Zusammenhang damit an die Vorgänge in Kärnten. Die Reichswehr hat ihre Pflicht getan und damit diejenigen zum Schweigen gebracht, die das Vertrauen zur Reichswehr erschüttern wollten. Die Reichswehr muß herabgelassen werden aus dem politischen Kampf. Sie muß sich selbst aus ihm herausziehen. Wir brauchen ein Vertrauensverhältnis der Reichswehr zu allen Parteien. (Zuruf der Kommuniten.) Die Führer in Kärnten werden die Schärfe des Befehles fühlen. Ihren Worten wird die Regierung auch Taten folgen lassen. Der Kanzler bespricht dann die

#### finanziellen Verhältnisse.

Die Reichseinnahmen litten in einem tiefen Maße gegen die Ausgaben zurück, namentlich für die Unterhaltungen für das besetzte Gebiet. Tief eingreifende Steuern waren notwendig. Leistungsschwache Steuerzahler sollen gestützt werden. Die Schaffung eines wertbeständigen Geldes sei im Gange. Die Länder sollen finanziell wieder selbständiger gestellt werden. Das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Kommunen muß grundlegend geändert werden. Die Länder sollen wieder die volle Verantwortung für die eigenen Ausgaben übernehmen, über eigene Einnahmen verfügen. Inzwischen werden die Mittel für die Länder kontingentiert werden, damit überhöhte Sparamkeit erzielt wird. Kein Geld wird mehr verabschiedet, das neue Kasten bringt, keine neuen Beförderungen und Beamten eingesetzt, keine neuen Verwaltungsdarbeiten übernommen. Dazu gehört auch der Abbau der alten Gesetze und der jetzigen Verwaltung. Das sei die einmütige Auffassung des Kabinetts. (Beifall.) Mit technischen Maßnahmen könne man den Währungsverfall nicht beugen. Wir müssen ein neues Geld schaffen und versuchen, die Wirtschaft zu gesundem.

Wenn es sich darum handele, die Beirpflicht des Volkes durchzuführen, so werde man, so rief der Kanzler den Kommuniten zu, keine Verantwortung haben, ihn als einen Vertreter von dieser Idee hinzustellen. Seine Vorschläge für die unmittelbare Vergabe des Geldes an das Reich seien wohl das Bestegehende, was jemals dem Volk als solchem zugemutet worden ist. (Zuruf der Kommuniten.) Erforderlich ist auch ein Eingriff in die Preisbildung, die unerträgliche Form angenommen hat. (Zustimmung.) Wir brauchen Mittel gegen eine Monopolpreisbildung über den Weltmarkt hinaus. Es geht nicht an, durch Konventionen und Sanktionen den Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben zu ausschalten, wie er jetzt ausgeschaltet ist. (Erneute Zustimmung.) Mit einer solchen Preisbildung von Konventionen und Sanktionen



ten hätten wir nie den Weltmarkt erobert. Sie ist noch weniger in einer Zeit zu ertragen, wo wir in einer ungeheuren Arbeitslosigkeit leben. Wo wir auch an die Arbeiterschaft und Beamtenchaft mit der Forderung nach Wehrleistungen herantreten müssen, die hoffentlich in freier Vereinbarung erledigt werden, oder auf dem Wege der Verordnung, wenn wir nicht lebenden Hundes die Verleumdung des deutschen Volkes zum Prinzip erheben wollen. (Lärm bei den Kommunisten.)

Kaum jemals hat ein Kabinett in schwererer Not die Führung der deutschen Politik übernommen. Es werden von ihm Entscheidungen in Tagen gefordert, wofür man früher Monate Zeit hatte. Es sind eine ganze Reihe von Maßnahmen in Aussicht genommen, die aber nicht durchgeführt werden können mit dem parlamentarischen Apparat, wie er aufgezogen ist. (Vehementes Hört, hört!) Herr von Brauns, Sie haben so oft nach dem Diktator gerufen, daß Sie nicht berechtigt sind, hier Hört, hört! zu rufen. (Weiterkeit und Lärm.) Der Reichstag muß der Regierung ein Ermächtigungsgesetz geben. (Lärm der Kommunisten.) Der Belagerungsstand wurde verhängt wegen der hochgradigen Tendenzen. (Gegener Lärm der Kommunisten, Abg. Memmel (Komm.) erhält zwei Ordnungsrufe.)

Es ist ganz klar, daß der Belagerungsstand sich gegen diejenigen richtet, die für den Bestand des Staates eine Gefahr sind. (Lärm der Kommunisten und der Sozialisten.)

Der Reichskanzler schließt: Wir haben Pflichten zu erfüllen, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch gegenüber der Generation, die nach uns kommt. (Stürmischer Beifall bei den Wehrheitsparteien, Lärm und Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Die Kommunisten und Deutschvölkischen fordern eine sofortige Aussprache über diese Regierungserklärung. Das Haus beschließt aber die Vertagung bis Montag.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Aussprache über die Regierungserklärung, Ermächtigungsgesetz, Währungsreform. Schluß 4.30 Uhr.

#### Betrachtungen der französischen Presse.

Die französische Presse stellt Betrachtungen über die Umbildung des Ministeriums Stresemann und die vorergriffene Reichstagsöffnung an. Sehr oft laufen die Betrachtungen der Blätter zusammen mit einer Kritik der letzten Curzon-Rede und mit einer Würdigung der in Düsseldorf stattgefundenen Unterredung deutscher Industrieller mit General Degoutte. „Matin“ schreibt: Der Streik der Belgier ist beendet; das hat der Reichskanzler gestern mit einem gewissen Mut verkündet. Zum ersten Mal seit Unterzeichnung des Vertrages von Versailles spricht die Verwaltung in Berlin. Die Volkspartei und Sozialisten haben sich vor den Interessen ihres Landes gebeugt. Es spricht in die Augen, daß die elementare Angst nunmehr ganz Deutschland anempfehlend, sich wie Stinnes, Krupp, Wögel und Klotz mit den Tatsachen abzufinden. In Berlin oder in München Widerstand leisten, wenn man im Rheinland und im Ruhrgebiet vorgehen hat, würde Berlin und München um den Nutzen des guten Willens bringen, der sich in Bonn und in Essen zeigt. Der Reichskanzler scheint beabsichtigt zu haben, daß man jetzt zwischen der Reparationszahlung und der Auflösung Deutschlands wählen müsse. — „Petit Journal“ schreibt, im Augenblick sei nicht mehr von Diktatur die Rede, zweifellos weil die ihr zuzuschreiben, ihre Stunde noch nicht für gekommen hielten. — „Gaulois“ sagt, die Rede Stresemanns erwecke weder der Geislichkeit noch des Mutes. Sie sei deshalb geschickt, weil sie gegenüber Frankreich eine unendlich gemäßigtere Sprache führe als Lord Curzon sie angewandt habe. Unglücklicherweise bleibe er dabei, beweisen zu wollen, daß die deutschen Vorschläge vom 7. u. 8. eine annehmbare Diskussionsbasis seien. Der gute Wille Frankreichs hänge von dem guten deutschen Willen ab. — „Figaro“ vertritt den Standpunkt, Stresemann habe durch seine Rede sich den Weg zu einer Verhandlung mit Frankreich nicht versperrt.

„Levure“ spricht von den beiden Hauptforderungen, die innerhalb von 24 Stunden durch Lord Curzon und Stresemann an die französische Regierung ergangen sind. Sie mögen ihre Wünsche und ihre Ansprüche vorbringen. Es scheint nicht, daß der Dual d'Orlay geneigt sei, Stresemann und Lord Curzon zu antworten. Man erkläre, das Gelblich enthalte alles. Inzwischen aber beanähige man sich damit, Maßnahmen zu ergreifen, um das Ruhrgebiet auszuheilen, eine Operation, die nach dem Eingekleidnis Voincorés nur zu unbedeutenden Zahlungen führen könne, und die französische-belgische Regie bestimme damit, im besetzten Gebiet den französischen Kranken einzuführen, wodurch sie sich der Gefahr auslöse, den Zusammenbruch der französischen Währung herbeizuführen. Was die Reparationszahlungen betreffe, scheint es, daß niemand mehr wage, auch nur von dem zu sprechen, was schließlich vielleicht doch ein höchstes Mittel sei, sie zu erlangen.

### Angelas Heirat.

Roman von L. G. Robert.

Nachdruck verboten.

#### 3. Kapitel.

Eins — zwei — drei — vier; eins — zwei — drei — vier. Nein, Lini, das ist nicht richtig! Sieh genau hin, es ist doch ein punktiertes Wertel, also drei — e, vier — e, auf e kommt erst das g. Und nun noch einmal, Kind, langjammer! Eins — zwei — drei — e — vier — e! Die Stimme der Sprechenden klang matt und abgepannt, als sie noch einmal mit dem Zählen begann, und die fetten, kleinen Finger auf den Tasten quälten sich in vorgerückten Verjahren, mit dem Zählen Takt zu halten. Aber Lehrerin und Schülerin waren müde; der Tag war drückend heiß, so ein Tag an dem jede Anstrengung eine Qual ist; und die Luft in dem engen, kleinen Kinderzimmer schien ganz besonders schwül und stickig. Troßdem Fenster und Tür weit offen standen, war es, als ob kaum ein Lufthauch in den kleinen Raum dränge, und das bißchen, das hereinkam, war mit der schweren, dunsigen Hitze eines Julitages in der Großstadt gefüllt.

„Eins — zwei — drei — vier,“ begann die Lehrerin wieder mit einer Stimme, die immer matter und müder klang, und teils vor Erschöpfung, teils vor Hitze stieg ihr eine glühende Rote ins Gesicht. „Aber Lini, bitte, paß doch auf, du kannst dir doch wirklich merken, daß das Fis ist,“ rief sie ärgerlich, als des Kindes Finger die falsche Taste anstieß und dadurch einen Mistklang hervorbrachte, der bei einer Temperatur von 24 Grad Reaumur im Schatten ganz besonders schwer auf die Nerven fiel.

„Ach, es ist mir ganz egal,“ erklärte Lini jetzt mürrisch und blickte trübsinnig in das erhöhte Antlitz der Lehrerin, „ich habe überhaupt kein Ahnung, wozu man eigentlich das dumme Klavier lernt, und bei der scheußlichen Hitze könnte man einen doch in Ruhe lassen! Ich wollte wirklich, wir wohntest nicht in dem gräßlichen, stickigen Berlin! Mutter könnte doch in einen Vorort ziehen! Und, ach, wenn ich doch nur nicht Klavier lernen müßte!“ schloß sie heftig. „Wußt ich noch mal spielen, Fräulein Karberg?“

Der jungen Lehrerin hatte das Kind so aus der Seele gesprochen, daß sie sich verjährt fühlte, Lini den Willen zu tun und die Stunde abzudrehen. Aber sie war eine gewissenhafte junge Dame, und sie wußte, daß Lini überhaupt unmusikalische. Mutter, siegen, haben, Mund.

### Betrifft nur unsere Postbezieher!

Wir haben bereits unseren Lesern wiederholt bekanntgegeben, daß die weitere Selbstwertung sich besonders schwer bei dem Papierpreise auswirkt, da dieser seit dem 1. Oktober in Goldmark berechnet wird. Ein Waggon Druckpapier kostet heute über 300 Millionen, das also über 80 Millionen M. Auch die übrigen Ausgaben haben sich der fortschreitenden Marktentwertung angepaßt. Wir müssen daher auch in diesem Monat mit Bezuggebühren-Nachforderungen an unsere Postbezieher herantreten.

Diesemgen Abonnenten, die das „Mieser Tageblatt“ durch Austritte zugestellt erhalten, haben für die erste Woche im Oktober (vom 29. September bis 5. Oktober) 1923 gezahlt 23 000 000 M.

Für die zweite Woche vom 6. Oktober bis 12. Oktober betragen die Bezuggebühren

46 000 000 „  
69 000 000 M.

Von unseren Postabonnenten sind aber nur eingezogen worden 24 000 000 M., so daß dieselben

für die zweite Woche des Oktober 45 000 000 M.

nachzahlen haben. Gleichzeitig erbitten wir eine Vorauszahlung für die dritte Woche des Oktober in Höhe von 55 Millionen, insgesamt 100 Millionen.

Die Nachzahlung wird wieder auf dem Wege des Nachnahmefabrens erhoben. Wir richten daher an die Leser die höfliche Bitte, den Betrag für etwa den 11. Oktober bereit zu legen, damit die Nachnahme sofort eingeleitet werden kann. Wir machen unsere Postbezieher besonders darauf aufmerksam, daß die Nachnahme bestimmungsgemäß nur einmal vorgezahlt wird, daß also bei Nichteingahlung die Zustellung der Zeitung unterbleibt.

Verlag des „Mieser Tageblatt“.

### Gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

Ein Aufruf des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Der Vorstand und die Leitung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands (Vereinigter Bergarbeiterverband) erklären folgenden Aufruf: An die Bergarbeiter und Angehörigen des deutschen Bergbaues! Die Bergbauunternehmer des Ruhrgebietes haben am 6. Oktober beschlossen, ohne Rücksicht auf Gesetz und Tarifverträge vom 9. Oktober ab im Ruhrgebiet die Vorkriegsarbeitszeit einzuführen. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß dem Ruhrgebiet das übrige Deutschland mit einer ähnlichen Arbeitszeit folgen soll. Wir haben sofort veranlaßt, daß alle in Frage kommenden Organisationen auf dem Wege aus Unternehmerrufen Stellung nehmen. Inzwischen fordern wir sie auf, niemand möge sich einem Veruche zu längerer Arbeitszeit, Gesetz und Tarifverträge gelten noch, Arbeit weiter wie bisher, aber nicht länger. Laßt euch von keiner Seite zu Unbesonnenheiten hinreißen. Wartet die Weisung der Organisation ab.

### Hugo Stinnes verhandelt im Rheinlande.

Der Düsseldorf-Berichterstatter der „Chicago Tribune“ berichtet, daß Hugo Stinnes am Freitag in Düsseldorf eintraf und sich in Nebenbegleitung eines französischen Offiziers zu Herrn von Krupp ins Werkhaus begab. Die beiden Ruhrmagnaten plauderten eine Stunde. Nach der Unterredung begab sich Stinnes in das französische Hauptquartier zu General Degoutte, dem er ein Programm unterbreitete, das er mit Krupp im Geheimen ausgearbeitet hatte. Der Korrespondent fügte hinzu, daß Herr Stinnes noch von verschiedenen anderen Industriellen begleitet war, die jedes Interview ablehnten. Wie die Telegraphen-Union in Berlin von autorisierter Seite hört, trifft es zu, daß Stinnes sich ins Ruhrgebiet begibt, um dort Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereingliederung der Betriebe zu führen.

Darauf bekräftigt die Nachricht der „Chicago Tribune“, daß General Degoutte die Industriellen Stinnes, Wögel, Wögel und den Bergwerksdirektor von Welsen empfangen habe. Im Laufe der Unterredung seien die Bedingungen über die Wiederaufnahme der Arbeit und die Wiedereinstellung eines provisorischen Modus über die Sachleistungen durchbesprochen worden. „Journal des Debats“ schreibt hierzu, es ist unannehmbar, daß diese Verhandlungen nicht sein können unter der Bedingung, daß sie zu einer Reorganisation des normalen Lebens im Ruhrgebiet und nicht zu einer Regelung des Reparationsproblems führen, für die die alliierten Regierungen zuständig sind. Der Sonderberichterstatter des Blattes behauptet, daß General

tannte, als daß ihr ebenso unmisslich Sprößling Klavier lerne. Sie wußte außerdem genau, daß es zur Aufrechterhaltung der Disziplin dringend nötig war, daß Lenis Stunde nicht auf den bloßen Wunsch des Kindes hin abgebrochen würde. Mit großer Selbstüberwindung reichte sie sich daher auf ihrem Stuhl hoch, lächelte ein müdes Lächeln, legte die Hand zärtlich auf Lenis krauses Haar und sagte in freundlich überredendem Ton:

„Nur noch einmal, Kind. Gib dir mal recht Mühe, dann geht's schon. Wir dürfen doch nicht einfach mit der Stunde aufhören, weißt du, bischen heiß ist. Also komm, noch einmal! Ich bin fest überzeugt, du wirst jetzt richtig spielen.“

Aber die freundlichen Worte prallten an Lini ab. Sie hatte sich schon zu tief in Traur und Wismut hineingearbeitet. Jetzt schob sie die Unterlippe vor, rühte und zappelte auf ihrem Stuhl hin und her und kurzte vor sich hin, sie werde Mutter fragen, ob sie so ein dummes Stück hundertmal hintereinander spielen müsse. Und Fräulein Karberg wußte genau, daß sie diese Drohung ausführen werde, und daß die Folgen für sie sehr unangenehm sein würden.

Aber Angela Karberg gehörte zu den Beuten, die ihrer Pflicht nicht aus dem Wege gehen, auch dann nicht, wenn die Ausübung derselben mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Lenis Drohung bestärkte sie daher nur darin, so zu handeln, wie sie es für recht hielt, und ohne auf des Kindes freches Geburme zu hören, fuhr sie fort, einfürmig eins — zwei — drei — vier zu zählen, und es kam ihr vor, als wäre es mindestens zum hundertsten Male heute nachmittags.

Und trach! ertönte wieder der ohrenzerreißende Mistklang, und der boshaft triumphierende Blick in Lenis Augen, wie der ganze trotzig Ausdruck ihres Gesichtes zeigten deutlich, daß es nur gesehen war, um die Lehrerin zu ärgern.

„Am Himmels willen, Fräulein Karberg,“ erschallte da eine scharfe Stimme von der offenen Tür des Nebenimmers, können Sie es denn gar nicht verhindern, daß das Kind diese entsetzlichen Töne hervorbringt? Ich finde wirklich, an einem so heißen Nachmittag könnten Sie so viel Vernunft haben, daß Sie den Kindern etwas nachlassen. Sie denken wirklich nicht mit einem Gedanken an die Gesundheit der armen Dinger, aber auch nicht mit einem einzigen. Lieber Himmel, wenn ich mich nicht selbst um alles, aber auch alles befürmerte, was die Kinder angeht, trödem meine häßlichen Väldchen mir sehr wenna

Dequotte niemand um sich gehabt habe, als er 3 Stunden mit den deutschen Industriellen verhandelt habe.

Pariser Telegramme hatten behauptet, daß die deutschen Industriellen Stinnes, Wögel, Wögel und der Bergwerksdirektor von Welsen im Auftrag der deutschen Regierung mit General Degoutte verhandelt hätten, in sie hätten für diese Verhandlungen bestimmte Instruktionen von Dr. Stresemann erhalten. Demgegenüber erklärt die Montagspost, daß die beiden Behauptungen unrichtig seien. Weder habe ein Empfang der Industriellen beim Reichskanzler stattgefunden, noch habe dieser Instruktionen erteilt. Die Industriellen hätten also auf eigene Faust gehandelt.

### Ministerversammlung in Leipzig.

Wie die Montagspost aus Leipzig meldet, hat am Sonntag vormittag im Leipziger Volkshaus eine Konferenz der sächsischen Ministerpräsidenten Seigner mit dem thüringischen Staatsminister Fröblich stattgefunden und der auch die Anhaltsminister und Innenminister der Rabinette von Preußen und Weimar teilgenommen haben. Es soll sich bei der Besprechung um die Anbahnung der von den Kommunisten in ihren Bedingungen für einen Eintritt in die Regierung geforderten Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den anwachsenden bayerischen Faschismus handeln. Als Ergebnis der Konferenz teilt das Blatt mit, daß der von den Kommunisten geforderte rote Block gewährleistet sei, d. h. daß zwischen den beiden Regierungen völlige Einigkeit über das Zusammengehen der beiden Staaten besteht. Die politische Entwicklung in Thüringen werde sich entsprechend der in Sachien gestalten. Die Kommunisten würden in die Regierung Fröblich eintreten. Wie das Blatt weiter meldet, sollen die Befahren, die durch diese politische Entwicklung in Mitteldeutschland für den deutschen Gesamtstaat entstehen könnten, den Reichskanzler veranlaßt haben, den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Seigner und den thüringischen Staatsminister Fröblich für Montag zu einer Unterredung mit ihm nach Berlin zu bitten.

### Zur Regierungsbildung in Sachsen.

Die Einigung zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten ist vollständig zustande gekommen. Die Kommunisten werden das Arbeits- und Kultusministerium belegen. Die Namen der neuen Minister werden heute bekanntgegeben werden. Die kommunistische sächsische Arbeiterzeitung begrüßt dieses Ergebnis mit den Worten, daß der Eintritt der Kommunisten in die Regierung von Sachsen und Thüringen der Kluft zur geschlossenen Aufnahme des Abwehrkampfes sei. Das kommunistische Organ empfiehlt den politischen Massenstreik als das einzige Mittel, das den Vormarsch der Faschisten aufhalten könne.

### „Sofortige Mobilmachung des Besitzes.“

Der erweiterte Vorstand des Gewerkschaftsrings hielt Sonnabend vormittag im Reichstag eine Sitzung ab, in der er sich mit der gegenwärtigen Lage beschäftigte, wie sie sich nach der Einigung der Parteien darstellte. In diesen Verhandlungen befaßte man allgemein die Haltung des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei. Man war der Ansicht, daß die Durchführung der Maßnahmen auf Grund der vorgelagerten Nacht zustande gekommenen Formel nicht ohne gewisse Schwierigkeiten würde erfolgen können. Am Schluß der Sitzung wurde eine Entschließung gefaßt, die u. a. folgendes enthält: Die im Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenvereine organisierten Arbeitnehmer verdienen nicht die schwierige Lage, in der Staat und Wirtschaft sich befinden. Sie sind bereit, an der Lösung der schwierigsten Aufgabe mitzuarbeiten. Sie verlangen aber die sofortige Mobilmachung der „Behrpflicht des Besitzes“. Sie halten es für unvereinbar mit echter Staatsgeminnung, daß den Arbeitnehmern einseitig Verzicht zugemutet werden, während die Unternehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft jeden Versuch einer gerechten Streugesetzgebung hartnäckig verhindern.“

### Äußerungen Dr. v. Kahr.

München. Dr. von Kahr hat am Sonnabend mit tag die Vertreter der auswärtigen Presse empfangen, um sie über die Grundzüge seiner Politik zu informieren und um ihnen die Mächtigkeit der Verhältnisse, die über Bayern verberitet wurden, darzutun. In seinen Äußerungen, die der Staatskommissar an die Pressevertreter richtete, bemerkte er u. a.: Wie für die Familie und den einzelnen die Ehre als das Höchste gelte, so gelte das auch für ein Volk; denn die nationale Ehre sei die Seele des Volkes. Infolge des langen Krieges habe das deutsche Volk seine Ehre nicht so verberiben können, wie es notwendig gewesen wäre. Das

Zeit dazu lassen, dann wüßte ich wirklich nicht, was möglicherweise noch gesehen könnte. Meine armen Lieblinge könnten vor Anstrengung Gehirnentzündung kriegen, Ihnen würde nichts daran liegen.“

Frau Anna Diehl, Angela Karbergs gestrenge Herrin, hatte diese Tirade losgelassen, ohne sich auch nur einmal zu unterbrechen, und sie hätte wahrscheinlich auch jetzt noch nicht aufgehört, wäre ihr nicht der Atem ausgegangen. So begnügte sie sich denn damit, wütende Blicke auf das arme kleine Kinderfräulein zu werfen. Angela war bei ihrem Eintritt vom Stuhl aufgeprungen, wahrscheinlich weniger aus Ehrerbietung, als weil sie sich stehend der impolanten Dame gegenüber nicht ganz so klein vorkam.

Lenis Mutter war offenbar von der Hitze sehr angegriffen, und dies trug nicht gerade zur Verschönerung ihres äußeren Menschen bei. Die Natur hatte sie schon so wie so etwas steifmütterlich bedacht, indem sie ihr eine Gesichtsfarbe gegeben hatte, die man eigentlich nicht mehr blühend nennen konnte, und diese etwas trübselige Färbung war nun durch die Hitze bis ins Bläuliche gesteigert, und dazu glänzte die Haut wie mit Speck eingerieben. Ein lebenswürdiges Ausdrück hätte die Jüde der würdigen Dame trotzdem anziehend erscheinen lassen können, aber dieser fehlte gänzlich, und es war ein geradezu dascher Blick, mit dem sie das junge Ding ansah, das selbst noch fast ein Kind war und mindestens ebenso heiß und müde und abgepannt ansah, wie Leni.

Es war gegen Frau Diehls innerste Ueberzeugung, ihre Lebenswürdigkeit an eine Person zu verschwenden, die nichts weiter war als eine „bezahlte Untergebene“, eine Art höheres Dienstmädchen. Sie verlangte von ihr wie von der übrigen Dienerschaft strengste Erfüllung der ihr übertragenen Pflichten und vielleicht auch noch etwas darüber, und sie wäre höchst erstaunt gewesen, hätte jemand ihr gesagt, daß sie dem jungen Mädchen gegenüber auch Pflichten habe. Fräulein Karberg wurde für ihre Arbeit bezahlt und hatte sie zu tun, ob das Wetter heiß oder kalt, sonnig oder trüb war. Frau Diehl hatte sie engagiert, um ihre Sprößlinge zu überwachen, zu erziehen und zu unterrichten, und sie fand es geradezu ungläublich, daß „die Person“ es nicht verstand, in jeder Hinsicht ihre ziemlich weitgehenden Anforderungen zu erfüllen. Daß dies von einem Mädchen von Angelas Jugend und Unerfahrenheit gar nicht zu verlangen war, begriff Frau Diehl einfach nicht.

Berichtigung folgt.







statisch löste sich einer der Stämme und schlug herunter, unglücklicherweise auf das einjährige Kind des Besizers. Dem Kinde wurde der Kopf zerquetscht, so daß der Tod sofort eintrat.

**Dahleu.** Wie so viele Krankenkassen, hat auch die hiesige Unfallkrankenkasse infolge der namentlich in letzter Zeit eingetretenen allgemeinen schwierigen Verhältnisse mit schweren finanziellen Nöten zu kämpfen. Damit nun das vorhandene Kapital sich nicht noch mehr vergrößert, wurde in letzter Vorstands- und Aufsichtsratsbeschlüssen, die noch nicht lange eingeführte Kommissarunterstützung solange einzustellen, bis wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind.

**Mügeleu.** Auf den Gütertag 1912 ist am 5. Oktober früh 5 Uhr in Mügeleu ein Knischlag verübt worden insofern, als von der Weiche die Weichenhebel mit Schenkel abgenommen und in das Herzfeld der Weiche geklemmt und außerdem noch ein Fensterladen auf die Schienen gelegt war. Glücklicherweise hat die Lokomotive den Weichenhebel und den Fensterladen nur zertrümmert. Dadurch ist eine Entgleisung des Zuges noch zu vermeiden gewesen, da der Zugführer den Zug noch zum Halten bringen konnte. Alle Personen, die über die in Betracht kommenden Schuldigen irrendenweise Auskunft geben können, oder irgendwelche verdächtigen Merkmale wahrgenommen haben, wollen diese sofort der Polizei melden.

**Dresden.** Das Verkeamt des Polizeipräsidenten teilt folgenden mit: Am den letzten unhaltsam gewordenen Aufständen in der hiesigen Neuen Gasse, Zentralbergstraße usw., zu besonnen, fand am vergangenen Freitag in den Nachmittagsstunden dortselbst eine Parade durch eine größere Anzahl Beamte des Polizeipräsidenten statt. Auf Lastkraftwagen wurden etwa 300 Personen beiderlei Geschlechts nach dem Polizeipräsidenten gebracht. Wegen Gesundheitszustand und sonstiger Verhältnisse wurden 36 Personen in Haft gehalten. In Zukunft sollen derartige Razzien häufiger durchgeführt werden.

**Wilsdruff.** Kürzlich erschien ein jugendlicher Rabfahre in einer Wirtschaft zu Kaufhaus und forderte von der allein anwesenden Besitzerin die Herausgabe von Sped und Bier. Als ihm dies die Frau nicht zu geben vermochte, verfolgte der Ruffahrer die Frau bis in die Küche und schlug auf sie mit einem Löffel ein. Auf die Hilfe der Frau hob der Mann mit seinem Rabe.

**Chemnitz.** Am Sonnabend abend ereignete sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein bedauerlicher Unglücksfall. Ein dort beschäftigter 24 Jahre alter Rangierarbeiter aus Oberlichtenau ist von einer im Gange befindlichen Lokomotive abgefahren und wurde lebenslang an Fuß den nächsten Bahnhofs erreicht. Dabei ist er von einer entsetzenden Verletzung erlitten und nicht an den Schienenstrang geschleudert worden. Dem Verunglückten sind beide Unterschenkel statt abgefahren worden; er ist sofort in das Stadt Krankenhaus an der Leipziger Straße überführt worden. — Auch ist am Sonnabend abend auf der Verandabahn der hier, Lorenzstraße 40, wohnhafte Eisenbahner Heinrich Bruno Schmidt von einem Personenlastwagen angefahren und an Boden geschleudert worden. In schwerersteren Verletzung wurde er nach dem Stadt Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verstorben ist.

**Leipzig.** Sonnabend nachts gegen 12 Uhr ist auf der Landstraße hinter Jena das Auto eines Leipziger Fabrikbesizers durch etwa 10 junge Burken, die bewaffnet waren, angehalten und am Weiterfahren verhindert worden. Bei dem Versuch weiterzufahren, wurden, wie die „V. N. N.“ berichtet, drei Schüsse auf das Auto abgefeuert, wodurch niemand verletzt, aber eine Scheinwerferlampe zerstört wurde. Auf die Frage, mit welcher Berechtigung sie hier aufgehalten würden, wurde erwidert, das würden sie schon sehen, wenn sie aufgeklappt wären. Die Insassen der Besizer mit seiner Frau und zwei verwandten Damen wurden unter Bedrohung mit der Wistole gezwungen, auszusteigen und hinter das Auto zu treten. Erst jetzt wurde ihnen erklärt, daß das Auto zwecks Untersuchung nach Waffen angehalten worden sei. Die Leute zogen hinaus, sie wären zur Unterstützung der Polizei da und hätten eine Kontrollstation eingerichtet. Eine Bescheinigung darüber konnten sie natürlich nicht vorgeigen. Nach vorgekommener Durchsuchung wurde dann die Weiterfahrt freigegeben.

**Um die Gehälter der Beamten.**

Die Besprechungen über die Regelung der Beamtengehälter, die Sonnabend nachmittag im Reichsfinanzministerium zwischen Vertretern der Regierung und des Deutschen Beamtenbundes fortgesetzt wurden, haben nach seiner Einigung geführt. Die Ansichten beider Parteien stehen sich nach wie vor gegenüber; besonders handelt es sich um die Frage, ob eine Umfassung der Gehälter an die Geldwertentwicklung nachträglich für das abgelaufene Vierteljahr stattfinden soll. Die Entscheidung darüber will man dem neuen Kabinett überlassen, und zwar hofft man auf eine endgültige Lösung der Schwierigkeiten schon am Montag, da infolge der fortwährenden Geldwertentwicklung selbstredend Eile geboten ist.

**Vom Reichsgericht.**

**Polnische Spionage in Oberschlesien.** Infolge des Beschlusses einer künftigen Verhandlung vor dem 5. Strafsenat des Reichsgerichts gegen 12 Angeklagte. Der Anführer war ein gewisser Komarowski alias Berger, der früher Offizier der Reichswehr war und dann als polnischer Leutnant Spionagearbeiten leistete. Er hatte den Auftrag, mit Hilfe verschiedener Agenten Bekand, Stärke und Organisation der Reichswehr festzustellen, ebenso des ober-schlesischen Selbstschutzes. Da er ein umfassendes Bestandsverzeichnis ablegte, das die Festnahme der Mitschuldigen ermöglichte und weitere Mitteilungen an den polnischen Generalstab verhinderte, erhielt er nur 5 Jahre Gefängnis. Seine Mitbeteiligte, die zum Teil schwere Einbrüche verübt hatten, um sich Material zu verschaffen, wurden zu Anstaltsstrafen von 3 bis 8 Jahren und Ehrverlust von 5 bis 10 Jahren verurteilt. Nur zwei Angeklagte kamen mit Gefängnisstrafen von 2 Jahren davon.

**Vermischtes.**

**Grubenunglück in Oberschlesien.** Auf der Kleophas-Grube bei Rattowitz ereignete sich ein schweres Unglück. Durch den Einsturz eines Pfeilers wurden sieben Bergarbeiter verschüttet. Die Bergungsbemühungen wurden sofort in Angriff genommen, bis jetzt ist über ihr Ergebnis noch nichts bekannt. — Der schon vor einer Woche ausgebrochene umfangreiche Grubenbrand im Dombrowaer Revier konnte noch immer nicht gelöscht werden. Der Brand hat sich im Gegenteil weiter ausgedehnt und auch höher liegende Sohlen ergriffen. Nach den letzten Feststellungen müssen sich in den brennenden Feldern noch sechszehn Leichen befinden. Man befürchtet, daß das Feuer auch noch auf die in der Nähe des Schachtes liegenden Pulver- und Dynamitlager übergreifen könnte. Die Bewohnungen, den Brand zu lokalisieren, sind mit allergrößter Schwierigkeit verbunden und neuerdings durch das Verlangen der Wasserhaltungs-maschinen besonders erschwert.

**Schwere Unglück bei Schießübungen.** Bei Schießübungen mit Kalibriehnen ereignete sich in Pillau ein schweres Unglück. Teile eines Geschützverschlusses wurden vermutlich infolge eines Füllrohrfehlers abgeplittet. Durch die umherfliegenden Scherteile wurde der Artillerieführer der 1. Division, Oberst Borchert, und ein Kanonier getötet, zwei Kanoniere schwer und mehrere leicht verletzt. Dem Oberst wurden durch die Geschossteile die Schlagadern der beiden Beine durchschlagen. Er verstarb in wenigen Minuten.

**Ein Juweliergeschäft ausgeraubt.** Mit großer Dreistigkeit wurde am Sonnabend in Weiskene ein Juweliergeschäft ausgeraubt und für etwa 100 bis 150 Millionen Mark Gold- und Silberfachen gestohlen. In der GutsMuths-Adolfstraße 163 betreibt der Goldwarenhändler Otto Gumbard ein Ladengeschäft. In den Mittagsstunden von 1 bis 3 Uhr schloß er das Geschäft, und ein kleines entorendes Plakat an der Tür weist die Kundenschaft darauf hin. Kaum hatte er den Laden geschlossen, da fuhr ein Privatautomobil vor, dem ein gut gekleideter Herr entstieg, der genau so, als ob er der Inhaber des Geschäfts sei, auf das Geschäft auftritt und in kurzer Zeit das Geschäftsdienst mit Schlüssel öffnete. Ungeachtet der Vorübergehenden machte er sich nun daran, nicht nur die Schmelzfächer in dem Laden, sondern auch die, die im Schaufenster auslagen, zusammenzupacken und in eine braune gepolsterte rindlederne Aktentasche des Juweliers zu packen. Mit der gefüllten Tasche, die Gold- und Silberfachen aller Art, Armbänder, Ohrringe, Ketten, Manschettenknöpfe usw. enthielt, verließ er dann das Geschäft und betrug in aller Ruhe das Privatautomobil, mit dem er dann unangesehen davonfuhr. Mit der Schlüsselnummer um 3 Uhr zurückkehrte, fand er die Ladentür geöffnet und das ganze Geschäft ausgeraubt.

**Neueste Nachrichten und Telegramme**

am 8. Oktober 1923.

**Aufhebung eines wilden Zeitungsbetriebes.** Berlin. In der Nacht zum Sonntag drang eine Streife der Schutzpolizei in ein Schenkklokal in Berlin-N. ein, wo kommunistische Zeitschriften und Zeitungen aufgefunden wurden. Die Pakete im Gewichte von etwa zehn Zentnern wurden beschlagnahmt.

**Verbotene Vereine.** Lübeck. Das Lübecker Polizeiamt hat folgende Vereinigungen verboten: Schlageterbund, Preußenbund und proletarische Hundertkämpfer.

**Ausweisung der Schutzpolizei aus Düsseldorf.** Düsseldorf. Die gesamte Schutzpolizei, mit Ausnahme der Mannschaften und Offiziere, gegen die ein Verbot in die Wege geleitet wurde, hat den Ausweisungsbefehl erhalten. Die Ausweisung derjenigen aus dem Rheinlande und Westfalen kommenden Leute, die bereit sind, in die blaue Polizei überzutreten, wurde zurückge-

**Heutiger Dollarkurs (amtlich): 850 095 000 M.**

Dennschreibung, ohne Gewähr.

nommen. Die Schutzpolizeibeamten wurden unter hartem Bedruckung von Kavallerie und Panzertruppen nach dem Bezirkskommando gebracht, von wo sie wahrscheinlich geschlossen über die Grenze gebracht werden.

**Neue Verhaftungen im Ruhrgebiet.** Essen. Weiter sind der Geschäftsführer der „V. N. N.“ Arbeiterzeitung Raabe und der politische Redakteur Gamaier von den Franzosen verhaftet worden.

**Eröffnung der Wiener Herbstwoche.** Wien. Die vierte Wiener Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft ist gestern mit einem Festgottesdienst in der St. Karlskirche feierlich eröffnet worden. Unter den musikalischen Darbietungen ist an erster Stelle die dreitägige Regenerfeier zu nennen. Gemälde- und kunstgewerbliche Ausstellungen fügen sich in den Rahmen der Herbstwoche ein, die angefüllt der schweren Not unseres Vaterlandes einen durch-aus ersten Charakter trägt.

**Anarchistenverhaftungen in Paris.** Paris. Gestern wurde hier ein Kongreß internationaler Anarchisten eröffnet. Die Polizei hatte verschiedene Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Es wurden gestern drei ausländische Delegierte festgenommen. Es handelt sich um den Vertreter Schwedens Björkstrand, den norwegischen Delegierten Swenon und den Schweden des Schweizer Anarchisten Betradal, letzterer ist der Direktor einer anarchistischen Zeitschrift in Genf. Es verlautet, daß die drei Verhaftungen wegen Überschreitens der vorgeschriebenen Vorkommnisse vorgenommen worden sind. Die drei Delegierten werden voraussichtlich aus Frankreich abgeschoben werden.

**Die britische Reichskonferenz zur Regelung der Reparationsfrage.** London. Die „Times“ drückt die Überzeugung aus, daß die britische Reichskonferenz werde, wenn sie beschließt, daß es ihre Aufgabe sei, im richtigen Augenblick zu führen und nicht zu folgen, imstande sein, einen konkreten Plan für die Regelung der Reparationsfrage vorzulegen. Wenn man die Dinge noch länger treiben lasse, so werde Deutschland sicher in einen derartigen Zustand der Schwäche und Anarchie geraten, daß die Behandlung der Reparationsfrage aufhören werde, irgendein unmittelbares praktisches Ergebnis zu haben, während die deutschen Zahlungen auf den Nullpunkt gefallen sein würden und die Kosten ihrer Einziehung oder vielmehr des Versuches ihrer Einziehung ins Riesenhafte anwachsen. Eine umfassende Erklärung über diese Frage, besonders gegenüber dem französischen und dem belgischen Volke, sei bereits überfällig. Die „Times“ drückt die Hoffnung aus, daß die Teilnehmer an der heutigen Reichskonferenz ihren Einfluß geltend machen werden, um auf genaue Darlegung der Tatsachen bezüglich dieses äußerst wichtigen Punktes zu dringen.

**Goldwährung.** Die Landabgabe. Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe beträgt für die Zeit vom 10. Oktober bis 12. Oktober einschließlich 137 Millionen für je eine Goldmark (bisher 66 900 000).

**Das Goldsolokaufgeld.** Für die Zeit vom 10. bis 12. Oktober einschließlich beträgt das Goldsolokaufgeld 13 699 999 900 vom Hundert (eins Goldsolokaufgeld gleich 137 Millionen Papiermark).

**Der Quackschädel des Hörnervereins Deutscher Buchhändler** ist am 8. Oktober 100 Millionen.

**Marktberichte.**

Auf dem Großenhainer Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Gollendbeeren 3 Mill.; Rotkraut, hiesiges, 3 Mill.; Weißkraut, hiesiges, 2,5 Mill.; Welschkraut 2,5 Mill.; Nüssen 5 Mill.; Gelbbirne 15 Mill.; Champignon 15 Mill.; Sanddornbeeren 15 Mill.; Tomaten 5 Mill.; Weintrauben, hiesige, 12 Mill.

**Amlich festgesetzte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin** per 50 kg ab Station vom 6. Oktober. (Weise in Millionen Mark.) Weizen märkischer 900—900—970. Steigend. Schluß abgefrachtet. Roggen märkischer 860—905. Steigend. Gerste, Sommergerste 850—880. Steigend. Hafer, märkischer 780—800, pommerischer 770—780. Fest, aber still. Weizenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac (feinere Marken über 3000—3700). Steigend. Roggenmehl per 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sac 8100—8400. Steigend. Weizenkleie frei Berlin 425—450. Fest. Roggenkleie frei Berlin 425—450. Fest. Rapssamen 675—700.

**Wechselkurse im Freiverkehr vom 6. Oktober bis mittags 12 Uhr.**

Holland (1 Gulden)	293 Mill.	Dänemark (1 Krone)	133 Mill.
England (1 Pfd. Sterl.)	34 000 Mill.	Amerika (1 Dollar)	746 Mill.
Schweden (1 Krone)	133,5 Mill.	Frankreich (1 Franc)	44,2 Mill.
Italien (1 Lire)	88,5 Mill.	Deutschösterreich (1 Krone)	10 400 Mill.
Tschecho-Slowakei (1 Krone)	22 Mill.		

**Gast- und Konzerthaus Stadt Leipzig. Mittwoch, 10. Oktober großes oberbayerisches Schrammel-Konzert.**

**Gröba, Zentraltheater**

Heute unwiderrücklich letzter Tag: **Fredericus Rex 4.** und letzter Teil. Dienstag bis Donnerstag **das große Doppelprogramm: Die Jagd auf Schurken (Das 8-Groschenmädel)**

Abenteuer- und Kriminalfilm in zwei Teilen und 12 Akten. Beide Teile werden zusammen in einem Programm gezeigt.

Vorführungen ab 7 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet **Anna Sach.**

**Vereinsnachrichten**

**D. C. V. Do., 11. 10.** Dtschs. Hs. wirts. Besprech. **Hiesiger Sportverein.** Freitag 8 Uhr Versammlung Schlachthof. Wichtige Tagesordnung.

**Gastwirtverein Nieska und Ungea.** Mittwoch, 10. Oktober, nachm. 7/8 Uhr Versammlung beim Kolkonen Broke, Gasthof Gröba.

Schlafstelle oder ein, möbl. Zimmer zu mieten gesucht. Angebote unter C J 759 an das Taenblatt Nieska.

Die Wochentags **frische Seefische** frische arznei. Getränke. **Clemens Bürger.**

**Achtung!**

**Beitrags-Ergänzungstabelle ab 8.-14. Okt. 23.**

Lohn-Stufe	Wochenverdienst bis 31. Okt.	Wochenbeitrag	Anteil des Arbeitnehmers	Anteil des Arbeitgebers
77	1866 Mill.	141120	94080	47040
78	1872,5	158760	105840	52920
79	über 1872,5	178940	118860	59480

Die Beiträge lauten auf je 1000 M. Die Lohnstufen kommen bis 88 in Betracht.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 an werden in den verpflichteten Lohnklassen 40—50 der Invalidenversicherung die Arbeitsverdienste, die Beiträge und der Geldwert der Beitragsmarken vereinfacht. Für Verdienste, deren Arbeitsverdienst täglich 40 Millionen Mark nicht erreicht, gilt Lohnklasse 88 mit einem Wochenbeitrag von 1,4 Millionen Mark.

**Prima Rostfleisch-Verkauf.**

**Otto Gaudermann.**

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehe meiner lieben Frau, unserer guten Mutter **Frau Anna Schmidchen** geb. Schab sagen wir allen Bekannten und Verwandten herzlichen Dank.

Glaubig, 8. Okt. 1923. Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und für die Anteil gewordene Unterstützung durch Geldspenden bei dem so pflanzlichen Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, Herrn **Moritz Sacher** sagen wir allen unseren herzlichsten Dank. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein „Dabe Dank“ und „Ruhe sanft“ in Deine stille Gruft nach.

Die tieftrauernde Gattin **Mathilde Sacher** nebst allen Hinterbliebenen.

Glaubig, 28. Sept. 1923

4 Seiten.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgehe unseres teuren Entschlafenen, des Fleischmeisters **Ernst Heinrich Subricht** sagen wir allen nur hierdurch unserer **aufrichtigsten Dank.**

Neumelba, 8. 10. 1923.

In tiefer Trauer **Pauline verw. Subricht u. Kinder.**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Herrn **Richard Seurig** danken wir hierdurch den Kollegen der Rep. Werkh. der Fa. U. H. Werk Nieska, den Anwohnern der „Neuen Hoffnung“, dem Ranninder-Zuchtverein Nieska, dem Gesangs- „Froh Lied“, Woppig, der Krankenschwester Elie, allen lieben Bekannten für innige Anteilnahme, Geschenke und freiwilliges Tragen, für den Befang, für pflegerische und ärztliche Bemühungen und für die trostreichen Worte. Dies hat unsern Herzen wohlgetan. — Dir, lieber Gatte und Vater, rufen wir ein „Ruhe sanft“ u. „Dabe Dank“ in die Ewigkeit nach.

Nieska a. Elbe, 8. 10. 1923.

Die tieftrauernde Gattin **Vina Seurig** und Kinder.

**Allgem. Dristrantentassen Nieska und Gröba.**

Von jetzt an kommt jeden Dienstag früh **Seefisch** zum Verkauf **Ernst Schäfer Nieska.**

Zuverlässigen **Wirtschaftsgehilfen** am liebsten. Landwirtsch. sucht bei Familienanschluss **Neusch, Gohltrich.**

**Pianos** Tafelklaviere billig zu verkaufen. **Nieska - Richter** Adressen 6

Verl. grün gekr. Kinder-schal. Reg. Bel. abgehob. **Goethestraße 84, Str. p.**

**Bierpreiserhöhung** ab 9. Oktober 1923.

1 Glas Vollbier hell . . . . . 15 Mill.

1 Glas Spezial-o. Exportbier 18

Limnade oder Sauerbrunnen 15

Getränk . . . . . 13

Kaffee usw. . . . . 15

**Gastwirtverein Nieska und Ungeaend.**